

Patrouillen statt Polizeiposten

Abbaupläne Bis zu 11 der heute 28 Thurgauer Polizeiposten könnten einer Überprüfung durch den Kanton zum Opfer fallen. Im Grossen Rat ernteten die Pläne vor allem Kritik – zu entscheiden hat er allerdings nichts.

Christian Kamm
christian.kamm@thurgauerzeitung.ch

Wenn das Thema Sicherheit diskutiert wird, dann wird es im Grossen Rat gefährlich. Zumindest politisch. Das hat an der gestrigen Parlamentssitzung auch Sicherheitsdirektorin Cornelia Komposch erfahren. Allein die im Bericht zum «Haushaltsgleichgewicht 2020» von der Regierung gemachte Ankündigung, eine Verkleinerung des bestehenden Polizeipostennetzes zu prüfen, sorgte im Parlament für viel Kritik. Sogar von einem drohenden «Kahlschlag» (Jürg Wiesli, SVP, Dozwil) war die Rede.

«Es geht um eine Überprüfung»

Regierungsrätin Komposch war vor allem bemüht, die in der Debatte fast schon als stehende Grösse gehandelte Schliessung von 11 der insgesamt 28 Thurgauer Polizeiposten wieder aus der Welt zu schaffen. Das seien erst Mutmassungen. «Es geht um eine Überprüfung des Postennetzes, nicht um eine Halbierung.» Die Frage müsse im grösseren Kontext gesehen werden: «Ist die Kantonspolizei zur richtigen Zeit mit der richtigen Leistung am richtigen Ort?» Eine allfällige Postenreduktion werde mit einem spürbaren Mehrwert einhergehen, versprach die Regierungsrätin, etwa einer höheren Kadenz bei Strassen- und Fusspatrouillen. «Wir wollen nicht die Sicherheit herunterfahren. Das wäre in der heutigen Situation völlig falsch.»

Genau das aber befürchten die Kritiker. «Hier spart der Kanton in seinem Kernbereich, bei der Sicherheit», monierte etwa Komposchs Parteikollegin SP-Fraktionschefin Sonja Wiesmann (Wigoltingen). Zwar könne man alles schönreden, «aber gerade der Dorfpolizeiposten ist durch seine blosse Präsenz Teil der Prä-

vention». Peter Bühler (CVP, Etenhausen) stellte wie andere Redner den Sinn der Übung grundsätzlich in Frage: Die frei werdenden Polizisten müssten auf andere Standorte verteilt werden, was ebenfalls Kosten verursache. «Die Einsparung steht in keinem Verhältnis zum Verlust an Service public», monierte Daniel Frischknecht (EDU, Romanshorn). Die Behauptung, dass ein Abbau von Polizeiposten mit einem spürbaren Mehrwert für die Bevölkerung verbunden sein solle, empfand SVP-Kantonsrat Stephan Tobler (Neukirch) gar als zynisch. «Wenn Polizisten einfach mehr im Auto sitzen, verbessert das das Sicherheitsgefühl überhaupt nicht.»

Doch gab es auch Rückendeckung für die Pläne der Regierung. Zentral sei die Sicherheit der Bevölkerung, warb Pascal Schmid (SVP, Weinfelden) für eine Versachlichung der Diskussion. «Die Anzahl der Polizeiposten ist doch kein Garant für mehr Sicherheit», insistierte Schmid. «Das war einmal.» Die Bevölkerung sei mobiler geworden, «also muss es auch die Polizei sein». Auch für Cornelia Zecchin (FDP, Kreuzlingen) überwogen klar die Vorteile. Eine allfällige Verkleinerung des Postennetzes kann das Sicherheitsdepartement in Eigenregie festlegen. Spruchreife Beschlüsse sind laut Regierungsrätin Komposch erst Ende Jahr zu erwarten.

Kontrovers zu diskutieren geben neben den Polizeiposten und den Zivilstandsämtern (siehe Zweittext) auch weitere Vorschläge des Massnahmenpakets Haushaltsgleichgewicht (HG 2020). So verteidigte Finanzdirektor Jakob Stark etwa die Kürzung der Kilometerentschädigung für kantonale Angestellte oder die Reorganisation im Schätzungswesen. Mit HG 2020 soll der Kantonshaushalt um 20 Millionen jährlich entlastet werden.



Nachdenkliche Regierungsbank: Walter Schönholzer, Cornelia Komposch, Jakob Stark. Bild: Andrea Stalder

Für zwei Zivilstandsämter

Reorganisation Mit der vorgeschlagenen Reduktion der Anzahl Zivilstandsämter von heute fünf auf deren zwei hat die Regierung ein heisses politisches Eisen ins Sparpaket «Haushaltsgleichgewicht 2020» eingebaut, welches schon einmal viel zu reden gegeben hat. Und das, wie die gestrige Parlamentssitzung zeigte, auch jetzt wieder tut. Denn Regierungsrat und Grosser Rat hatten sich 2009 bereits einmal darauf geeinigt, im Kanton nur

noch ein Zivilstandsamt zentral in Weinfelden zu führen – erlitten dann aber an der Urne Schiffbruch. Deshalb gibt es in jedem Thurgauer Bezirk weiterhin ein Zivilstandsamt. Nun macht die Kantonsregierung in ihrem Massnahmenpaket einen neuen Anlauf. Dass es zwei Ämter (in Frauenfeld und Amriswil) sein sollen und nicht nur eines, trug ihr Lob und Tadel ein. Damit bleibe man «auf halbem Weg stehen», monierte etwa David Zimmermann

(SVP, Braunau). «Ich kann dem Regierungsrat nur gratulieren», applaudierte hingegen Bruno Lüscher (FDP, Aadorf), weil dieser den damals unterlegenen Antrag für zwei Zivilstandsämter nun doch noch durchsetzen wolle. «Besser spät als nie.» Auch Regierungsrätin Cornelia Komposch erklärte die Pläne mit der politischen Historie: «Unser Vorschlag ist nicht etwa mutlos, sondern wir respektieren den Volkswillen.» (ck)

Journal

Zwei neue Kantonsräte vereidigt

Amtsgelübde An der gestrigen Grossratsitzung im Rathaus Weinfelden haben Roland Manser und Christoph Regli ihr Amtsgelübde abgelegt. Roland Manser übernimmt den Platz des zurückgetretenen Thomas Bornhauser in der FDP-Fraktion. Christoph Regli (CVP) rückt für Stefan Geiges nach. (ck)

Peter Bühler in der Justizkommission

Ersatzwahl Peter Bühler (CVP, Etenhausen) gehört neu der Justizkommission des Grossen Rates an. Der Vorschlag wurde von allen Fraktionen unterstützt und Bühler mit grosser Mehrheit gewählt. Er folgt auf die aus dem Parlament zurückgetretene Christa Kaufmann. (ck)

Die Kirchensteuern im Visier

Abgabe Vico Zahnd scheitert mit seinem Antrag, juristische Personen von obligatorischen Kirchensteuern zu befreien. Mehrere Kantonsräte wären aber offen für eine Diskussion.

Die Änderung des Gesetzes über die Staats- und Gemeindesteuern ist im Grossen Rat wohl beschlossene Sache. Zu 95 Prozent muss damit Bundesgesetz umgesetzt werden. Die Fraktionen stehen daher – wenn auch wenig enthusiastisch – hinter Kommission und Regierung. Eintreten war unbestritten, die Diskussion wurde in der ersten Lesung nicht benutzt – nur Vico Zahnd (SVP, Weingarten) äusserte sich.

Die Gesetzesänderung betrifft auch die Kirchensteuern juristischer Personen. Zahnd beantragte an der gestrigen Sitzung, diesen Paragraphen komplett aus dem Gesetz zu streichen. Dies be-

gründete er mit zwei Argumenten. Einerseits habe eine der Landeskirchen – nämlich die katholische – keine Gleichstellung von Mann und Frau. Von gewissen



Vico Zahnd, SVP-Kantonsrat, Weingarten. Bild: Reto Martin

Ämtern seien Frauen kategorisch ausgeschlossen. Andererseits akzeptiere sie keine Personen, die gleichgeschlechtlich heiraten wollen. Habe eine dieser Personen jedoch eine Firma, müsse sie trotzdem Kirchensteuern zahlen. «Der Mensch ist nicht willkommen, das Geld seiner Firma aber schon», sagte Zahnd. Es sei Zeit, diesen alten Zopf abzuschneiden.

Der Antrag wurde sehr deutlich abgelehnt. Mehrere Kantonsräte gaben jedoch zu verstehen, dass eine Diskussion über das Thema durchaus sinnvoll sei – nur eben nicht in diesem Rahmen. «Die Thematik ist zu wichtig, um jetzt ohne Studium der

Fakten und ausführliche Diskussion darüber abzustimmen», sagte Marion Theler (Grüne, Bottighofen). Auch Alex Frei (CVP, Eschlikon) wünscht sich eine seriöse Diskussion. Er wandte zudem ein, dass die Landeskirchen im Thurgau «mit sehr kleinen Einschränkungen» Gleichberechtigung hätten. «Ich lade Vico Zahnd ein, vorstössig zu werden», sagte Anders Stokholm (FDP, Frauenfeld). Es wäre nicht das erste Mal. 2011 wurde eine entsprechende Motion von Zahnd für nicht erheblich erklärt.

Larissa Flammer
larissa.flammer@thurgauerzeitung.ch

Grosser Rat kommt immer live am Fernsehen

Weinfelden Das Büro des Grossen Rates hat der Frauenfelder Kabelnetzbetreiberin Leucom Stafag AG die Bewilligung erteilt, ab dem 28. März die Sitzungen des Grossen Rates live zu übertragen. Damit soll Interessierten Einblick in die Ratsverhandlungen des Grossen Rates gewährt werden, ohne dass sie selbst an den Sitzungen anwesend sein müssen, teilt das Grossratsbüro mit. Die Leucom Stafag AG hat ihr Gesuch im Januar 2017 eingereicht. Bewilligt worden ist es unter verschiedenen Auflagen. Unter anderem müssen sämtliche Grossratsitzungen in Frauenfeld und Weinfelden übertragen werden. Endloswiederholungen sind nicht gestattet. Die Zoomfunktion auf ein einzelnes Ratsmitglied darf nicht eingesetzt werden, ausser wenn ein Redner ins Bild gerückt werden soll. Dass LeuTV für die Sendung verantwortlich ist, muss stets deutlich vermerkt sein.

Die Leucom Stafag AG hat sicherzustellen, dass bei Bedarf andere Medien dieselben technischen Übertragungswege zu marktüblichen Preisen von der Leucom Stafag AG nutzen können. Sehen können das neue Angebot die Bewohner von ungefähr 20 000 Haushalten, die nach Angaben der Leucom Stafag AG ihr angeschlossen sind. Laut Dienststelle für Statistik gab es Ende 2016 im Kanton Thurgau 116 100 Privathaushalte. Für die nicht der Leucom angeschlossenen Haushalte im Thurgau stellt das Unternehmen eine kostenpflichtige Settop-Box zur Verfügung, mit welcher die Liveübertragung auch ohne Abonnement angesehen werden kann.

Der Grosse Rat verlange nichts für die Übertragungsrechte, sagt Grossratspräsidentin Heidi Grau (FDP, Zihlschlacht) auf Anfrage. Ob jemand ausserhalb des Leucom-Gebiets zahlen werde, um die Übertragungen zu sehen, könne sie nicht sagen. (wu)

Gsaat isch gsaat

«Die Nähe des Polizeipostens ist wohl mitverantwortlich für meinen nahezu tadellosen Lebenswandel.»

Peter Dransfeld (SP, Ermatingen) weiss die Bürgernähe der Thurgauer Polizei zu schätzen.

«Der Finanzminister hat nicht vergessen, was der Gesundheitsminister weiss.»

... verspricht Finanzminister Jakob Stark dem Gesundheitsminister Jakob Stark.

«Jeder Rappen zählt – auch bei uns im Grossen Rat.»

Turi Schallenberg (SP, Bürglen) hat es mit der Rappenspalterei.

«Das Bundesgesetz gibt uns ja eine Art nordkoreanische Freiheit.»

Daniel Frischknecht (EDU, Romanshorn) hat wenig Freude, das Bundessteuergesetz im Kanton umsetzen zu müssen.